

Abonnements

Werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten...

Inserate

die dreizehnpennige Zeitzeile 25 Lit. — 20 Wg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Volksbuchhandlung...

N. 11.

Wiesle an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung...

10. März 1888.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Noch einmal die „Moral“ des Systems Puttkamer.

Als wir in der vorletzten Nummer mit Bezug auf das „traurige Mittel“ des Spiegeltums schrieben, daß unsere Gegner es mit vollem Bewußtsein seiner vergiftenden Wirkung auf das Volk...

Der betreffende Artikel — offenbar stammt er aus der bekannten Berliner Fabrik — ist in seiner Art so charakteristisch, daß wir ihn hier seinem vollen Wortlaut nach folgen lassen:

Die „Abn. Ztg.“ macht darauf aufmerksam, daß einer der hervorragendsten Sozialistenführer, der namentlich bei den Berliner Lohnbewegungen an der Spitze der sozialdemokratischen Agitation stehende „Genosse“ A. Conrad in Breslau, aus seiner Partei ausgestoßen ist...

Mit einem Wort: Es lebe das Spiegeltum! Es lebe das System der Fhring, Mahlow, Schröder und Raporra!

Von Rechtswegen ist das Geschreibsel keiner besonderen Beachtung werth; es kritisiert sich selbst zur Genüge. Indef wollen wir, weil wir es mit einer typischen Erscheinung zu thun haben, doch einen Augenblick bei ihm verweilen.

Zunächst müssen wir die Bezeichnung des Conrad als eines „hervorragenden Sozialistenführers“ ganz entschieden ablehnen. Conrad hat in der deutschen sozialdemokratischen Partei, trotz großer Anstrengungen in dieser Richtung, nie eine auch nur einigermaßen in's Gewicht fallende Rolle gespielt...

Aber der Arbeiter, der ehemalige Sozialdemokrat

Conrad hat sich doch kaufen lassen, und andere ehemalige Mitglieder der Sozialdemokratie haben sich ebenfalls kaufen lassen, ja, wenn man dem Minister Puttkamer Glauben schenken darf — und wer wird dem Freund der Wahrheit...

Diese Aeußerung des Ministers thut „einen Abgrund menschlicher Verworfenheit und Schlechtigkeit auf.“ Wem? Der „Badischen Landeszeitung“, dem Blatt, das zu seinem Redakteur einen Peter Schwuchow hat, dessen Römertugend in der Zeit seines Wirkens am „Weinländer“ an's Fabelhafte gegrenzt haben soll. Wir müssen gestehen, soviel Selbstverleugnung könnte einen zu Thränen rühren...

Würde das „System“ bei der Anstellung seiner Agenten ehrlich vorgehen, wirklich nur den bezahlen, der sich ihm voll und ganz ergibt, so wäre Herr Puttkamer bei allem Hang zum — Renommiren schwerlich in die Lage gekommen, die erwähnte Aeußerung zu thun. Aber das System arbeitet nach anderen Maximen. Man ist nicht umsonst frommer Christ und betet jeden Tag inbrünstig: „Führe uns nicht in Versuchung!“

Immer wieder müssen wir auf den Fall Haupt verweisen, der in dieser Beziehung typisch ist. Aus dem Bekenntniß, das Haupt, einmal überführt, freiwillig vor unseren Genossen ablegte und später vor dem Untersuchungsrichter wiederholte, geht hervor, und viele inzwischen festgestellte Thatsachen sprechen auch dafür, daß die Berliner Seelenverkäufer sich lange Zeit geflissentlich von ihm „dupiren“ ließen, um ihn desto fester in die Hand zu bekommen. Gibt es nun etwas Verführerischeres für einen armen Teufel, der vielleicht unverschuldet in Noth gerathen, als wenn er weiß, daß er durch einen Bericht, durch den er noch Niemand zu schaden braucht, mehr bezahlt erhält, als für einen Monat schwerster, angestrengtester Arbeit?

Wir wollen ja in keiner Weise Ihre Gesinnung beeinflussen, wir wollen nur Ihre Berichte, und wenn Sie uns recht bedienen, so können Sie unbedingt auf unsere Verschwiegenheit rechnen.“ Hinterher allerdings wird aus einem anderen Ton gepfiffen.

„Siehst du mein Sohn! Das hab' ich so gemacht: Sobald ich einmal die Fährte hatte, hängt' ich mich meinem Kandidaten an wie eine Klette, lauste Brüderchaft mit ihm, und notabene, zehrfrei mußt du ihn halten! Da geht freilich ein Schändes d'rauf, aber das achtest du nicht — du gehst weiter, du fährst ihn in Spielfo-pagnieen und bei liberalen Menschen ein, verwickelst ihn in Schlägerien und schelmische Streiche, bis er an Enst und Krotz und Geld und Gewissen und gutem Namen bankrott wird; denn incidenter (beiläufig) mußt ich dir sagen, du richtest nichts aus, wenn du nicht Leib und Seele verdirbst — glaube mir, Bruder! Das hab' ich aus meiner starken Praxi wohl fünfzigmal abstrahirt, wann der ehrliche Mann einmal aus dem Nest gejagt ist, so ist der Teufel Meister — der Schritt ist dann so leicht — o so leicht, als der Sprung von einer Hure zu einer Bettelweiber.“

„Noch ein fürzeter, besserer Weg ist der, du plünderst deinem Mann Haus und Hof ab, bis ihm kein Hund mehr am Leibe hebt, alsdann kommt er dir von selber — lern' mich die Pässe nicht!“

Sollte man nicht meinen, irgend einen hochverdienten Polizei-

rath zu hören, wie er einen Kollegen aus der Provinz mit guten Lehren versieht?

Es thut hoffentlich dem Ruhm des Systems keinen Eintrag, wenn wir verrathen, daß diese Anleitung vor mehr als hundert Jahren von einem neunzehnjährigen Jüngling niedergeschrieben wurde. Der Jüngling heißt Schiller, und der gewiegte Menschenkenner, dem er die Worte in den Mund legt, ist Spiegelberg, der den Razmann unterrichtet, wie man — Banditen wirbt.

Mögen die Razmänner der „Badischen Landeszeitung“ und die sonstigen Schusterle der Replikpresse die Erfolge des oder der Berliner Spiegelberge nur immer anpreisen, so laut sie wollen, sie brandmarken mit der Verherrlichung des Systems doch schließlich nur dieses selbst und seine Träger.

Zu allen Zeiten hat man, und mit Recht, wenn es galt, die Korruption zu geißeln, die Korrupturen in erster Reihe verantwortlich gemacht. Welcher Geschichtsschreiber möchte es wagen, die Sittenverderbniß des zweiten Kaiserreichs zu schildern und nicht als ersten der Schuldigen den Mann des zweiten Dezember zu nennen? So trifft Alles, was das Reptil in Karlsruhe von einem „Abgrund von Verworfenheit“ schreibt, in erster Reihe seine eigenen Patrone. Das System Puttkamer ist es, das ihn gezeugt, und mit vollem Bewußtsein der Wirkungen gezeugt.

Wir schreiben damit keine vage Behauptung nieder, sondern eine durch unzählige Beispiele erhärtete Thatsache. Noch ist nicht der zehnte, nicht der hundertste Theil des Materials veröffentlicht, das uns in dieser Beziehung zu Gebote steht.

Zum Ueberflus geht das Karlsruher Reptil es selbst ein. Nur soll der Zweck das Mittel heiligen, der Erfolg es rechtfertigen.

Welches aber ist der Zweck?

Es soll unsere Partei der „Verzerrung“ entgegenreiben, es soll die heißerfehnte Spaltung in zwei Gruppen herbeiführen: in eine gewaltthätig-revolutionäre, die man mit der Gewalt, die man ja noch hat, bequem niederschlagen kann, und in eine unentschlossene, die man einschüchtern, auseinanderreiben kann. Ein feiner Plan. Nur schade, daß er nicht ganz neu ist. Und noch mehr schade, daß er trotz des unwiderstehlichen Mittels heute seiner Verwirklichung ferner steht als je. Die deutschen Sozialdemokraten haben sich nun einmal darauf verbohrt, welches auch die unter ihnen auftauchenden Meinungsverschiedenheiten sein mögen, unter keiner Bedingung auseinanderzugehen, Jeden, der in dieser Hinsicht arbeitet, als ein bewußtes oder unbewusstes Werkzeug Puttkamer's zurückzuweisen. Und ebenso halten sie es mit der „Gewaltthätigkeit“, nach der die Puttkamerlinge, wie Figura zeigt, so sehr lechzen.

Es ist daher lächerliche Nennmisterie, wenn die „Badische Landeszeitung“ zum Schluß davon redet, daß die deutsche Sozialdemokratie durch das System Puttkamer in eine „gefährliche Sackgasse“ gerathen sei. Die Sozialdemokratie besitz in ihrer eben gezeichneten Tradition einen festen Wall, an dem alle feindlichen Geschoffe machtlos abprallen. Sie kann Puttkamer nicht hindern, ihr immer neue Kulkadeier ins Nest zu legen, aber sie hat es zum Glück in der Hand, die „Kulke“ auf den Hungeretat zu setzen. Sie weist alle Vorschläge energig ab, die darauf hinauslaufen, Nahrungsstoff für die geschwägigen Vögel zu liefern, und wer die Nothwendigkeit davon absolut nicht begreifen will, dem ruft sie zu: Geh' zum — Kukul!

Sie in dieser Tradition noch mehr als bisher zu festigen, das ist der einzige „Erfolg“ des Systems Puttkamer gegenüber der Sozialdemokratie.

Die Aufgaben der deutschen Arbeitervereine im Ausland.

Von Karl Kautsky (Schluß.)

Es gibt heute nur ein Gebiet, auf dem die deutschen Arbeitervereine des Auslands ihre Partei im Inland erfolgreich unterstützen können, nur eines, auf dem diese ihrer Hilfe dringend bedarf: Das ist der Kampf gegen die Polizeispionage. Im Ausland hat diese bisher ihren besten Boden gefunden, in Rußland muß man sie in die Enge treiben. Die jüngsten Erfolge unserer Genossen in der Schweiz sollten für alle Sozialisten, alle Arbeiter in den Orten, die dem Wirken der deutschen Polizeispionage ausgefetzt sind, in Paris: in London, in Belgien, ein Sporn sein, es ihnen gleich zu machen.

Das Gelegentheil dazu vorhanden, daß es von preussischen Spionen und Agents proscolatur in den genannten Gegenden wimmelt, wird wohl Niemand bestreiten wollen. Und Angesichts dessen ist es schlimm genug, daß es überhaupt noch eines Ansporns bedarf. Ist es nicht eine wahre Schande, daß Leute, wie Peukert und Kaufmann nach den jüngsten Enthüllungen noch in Londoner Arbeiterkreisen nicht bloß geduldet werden, sondern sogar einigen Einfluß besitzen?

Man verlangt Beweise. Als ob es eines direkten Beweises gegen einen Polizeispion bedürfte! Will man vielleicht Peukert so lange für einen Ehrenmann gelten lassen, bis etwa Herr Puttkamer oder Herr Krüger ihm schreibt: „Lieber Peukert, ich danke Ihnen für Ihre Dienste! Sie sollen gut bezahlt werden“, und bis dieser Brief durch Zufall statt an Peukert an den kommunistischen Arbeiterbildungsverein gefandt wird? Da dürfte man wohl lange warten können. Und selbst, wenn so ein

Brief käme, würden sich wahrscheinlich immer noch Leute finden, die da sagen: „Das haben die bösen Hirscher angestiftet.“

Einem der Spitzelverdächtigen gegenüber muß ein indirekter Beweis genügen, der nachweislich eine Handlungsweise, die der Polizei nicht und der Partei schadet. Wer mit einem notorischen Spitzel verkehrt und diesen mit einem Kämpfer zusammenbringt, dessen Kufenhalt geheim bleiben soll, der ist als Spitzel zu behandeln, oder es nun nachgewiesen sei, daß er von der Polizei Geld erhalten oder nicht.

Man sagt, selbst vor einem Bourgeoisgericht habe jeder für unschuldig zu gelten, so lange nicht der Beweis seiner Schuld erbracht sei. Das ist sehr schön in Friedenszeiten, aber die Partei befindet sich in einer außerordentlichen Situation, sie ist gezwungen, einen Krieg mit der Polizei zu führen, der ihr schwere Opfer kostet, und nach Kriegsdienst ist jeder der Spionageverdächtige für schuldig zu halten, wenn er nicht seine Unschuld nachweisen kann. Der von einem Kriegsgericht Verurtheilte wird erschossen, die Partei aber gefährdet die Verdächtigen nicht, die sich nicht rechtfertigen können, weder ihr Leben noch ihr Eigentum, sie entlehnt ihnen bloß ihr Vertrauen und wartet vor ihnen. Das ist nicht bloß ihr Recht, das ist ihre Pflicht. Sie muß sich lieber der Gefahr aussetzen, einen Unschuldigen, der dumme Streiche verübt, die ihn verdächtig machen, aus ihrer Mitte auszuschließen, als der Gefahr, einen Schuldigen in ihrer Mitte zu dulden und ihm die Möglichkeit zu geben, hunderte von Genossen zu ruinieren, bloß weil derselbe ein so geriebener Gauner ist, daß er alle direkten Beweise seines Verraths bei Seite zu schießen gewußt hat.

Soll jeder hat man sich Spitzelspionen gegenüber mit Indignation zeigen? Auch heute werden diese in der Regel in einer Angelegenheit als genügend anerkannt, in der die Sache des verdächtig oder auch schuldig Erkannten so gering ist gegenüber der Gefahr, mit der er die Partei bedroht. Nur mit einer Kategorie von Verdächtigen macht man in manchen Kreisen des Auslandes eine Ausnahme und jetzt eine ganz Besondere für die ihr Angehörigen, die wahrhaft rührend ist. Man ist entsetzt, nicht über denjenigen, der die Partei gefährdet, sondern über denjenigen, der dessen verdächtige Praktiken herausgefunden und erklärt, den Angehörigen für schuldig zu halten, so lange auch nur der mindeste Schatten einer Kusnacht zu seinen Gunsten vorhanden. Dieß gilt dann, wenn der der Spitzel ist. Verdächtige sich einen Anarchisten nennt oder überhaupt in einem Gegensatz zu deutschen Sozialdemokratie steht. Dann gilt er als unangreifbar: es ist ja klar, man mag den Betreffenden nur an, weil er den sozialdemokratischen „Führern“ verhaftet ist und man ihm den Mund stopfen will. Eine sehr bequeme Ausrede für Alle, denen der Betreffende nach dem Mund redet, und die daher an seine Spitzeltätigkeit nicht glauben wollen. In der That, wo bliebe der Einfluss der von der Partei „unabhängigen“ Vereine im Ausland, wenn ihre „unabhängigen“ Mitglieder, wenn ihre giftigsten Stänker und Kratzer sich gefallen lassen müßten, daß man ihnen genau auf die Finger sieht.

Gegen die so wohlorganisierte geheime Polizei kommt man aber nicht auf, wenn man sich auf isolierte Beobachtungen beschränkt. Nur dann, wenn die denkenden und thätigen Genossen allerorten im Ausland die Spitzeljagd zu einer ihrer herausragendsten Pflichten machen, wenn sie zu diesem Zweck sich gegenseitig verständigen, kann man dem Gestirb erfolgreich an den Leib rücken. Die Genossen in London dürfen Warnungen nicht in den Wind schlagen, weil sie von auswärts kommen. Was sie in London selbst erfahren, dürfen sie anderwärts nicht für sich behalten, sondern müssen es dortin mittheilen, wo die Mittheilung von Nutzen sein dürfte. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Redaktion des „Sozialdemokrat“, die ja mit allen Dingen des Auslandes Verbindungen hat, wo Parteigenossen wohnen, im Allgemeinen auch über das Treiben Verdächtigster am besten unterrichtet ist. Sie wird in der Regel die besten Anhaltspunkte erhalten können, sie wird zu manchem Rathsel einen Schlüssel haben. Ich halte es deshalb für die Pflicht aller Genossen, die Beobachtungen über der Spitzeltätigkeit verdächtige Personen machen, diese nach Pflicht mitzutheilen. Wäre das von London ausreißend geschehen, hätte man nicht die von Zürich ausgehenden Spitzelforschungen deshalb eher genehmigt als gefordert, die Enthüllungen im deutschen Reichstag wären noch anders ausgefallen, als sie ausgefallen und die Londoner Genossen hätten der kämpfenden deutschen Arbeiterchaft einen wirklichen, großen Dienst geleistet.

Der Spitzel gegenüber müssen alle Eifersüchtigkeiten zurückstehen. Jeder Parteigenosse hat die Pflicht, wenn die Gelegenheit sich bietet, an dem Kampf gegen dies niederträchtige Institut theilzunehmen. Ja, nicht bloß jeder Parteigenosse, jeder Klassenbewusste Arbeiter.

Man spricht heute in London so gern von der Einigung zwischen Anarchisten und Sozialdemokraten. Eine solche können nur Leute wünschen, die entweder den Anarchismus oder die Sozialdemokratie nicht kennen oder die im Trüben fischen wollen. Der Anarchismus ist theoretisch wie praktisch das gerade Gegenteil der Sozialdemokratie: Unter Einigung verstehen denn auch die Anarchisten nichts anderes, als daß wir, die Sozialdemokraten, hübsch den Mund halten sollten, wenn sie auf uns und unsere Genossen schimpfen, daß wir ihre Propaganda in jeder Weise unterstützen und von der unfertigen in jeder Weise Abstand nehmen sollen. Für eine solche Einigung danken wir.

Es gibt vielleicht nur ein Gebiet, auf dem Anarchisten und Sozialdemokraten gemeinsam vorgehen können: Das ist der Kampf gegen die Spitzeltätigkeit. Diese einzuschranken, die ethischen Leute von den Agenten prosoleten zu trennen, daran haben die Anarchisten ein noch größeres Interesse als die Sozialdemokraten: sind sie doch das Lieblingssubjekt der geheimen Polizei. Jeder ehrliche Anarchist hat die Pflicht, die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen die Neuz und Konfanten zu unterstützen. Sind die Anarchisten wirklich, wie sie so oft behaupten, eins mit uns im Kampf gegen das herrschende System, jetzt haben sie die beste Gelegenheit, es zu beweisen.

Wir gestalten uns, den vorstehenden Ausführungen noch einige redaktionelle Bemerkungen anzufügen.

Das Kautsky über die veränderte Bedeutung sagt, welche die deutschen Arbeiterorganisationen im Ausland für die Bewegung in Deutschland haben, seit daselbst eine sozialdemokratische Partei besteht, dem wird in der Hauptsache jeder Einsichtige beistimmen müssen. In einzelnen Punkten mag sein Urtheil manchem zu schroff erscheinen, doch ist im Auge zu behalten, daß der Vortrag in London gehalten wurde, wo die alte Tradition noch am stärksten ist.

Auf Kautsky's Aufforderung an die Londoner Anarchisten, ihre Ehrlichkeit dadurch zu beweisen, daß sie der Sozialdemokratie wenigstens im Kampf gegen die Spitzeltätigkeit die Hand geben, ertheilt die neueste Nummer der „Autonomie“ die freilich von ihr zu erwartende Antwort, indem sie die Enthüllungen des „Sozialdemokrat“ über das Treiben der Puttkamer'schen Spitzel zum Anlaß nimmt für einen wüthenden Ausfall auf... den „Sozialdemokrat“ und die Partei in Deutschland. Vorwand: Der „Sozialdemokrat“ bekämpft die Polizeispione nur zum Schein, „in Wirklichkeit“ — wir sithren wörtlich — „geheißt das nur, um uns Anarchisten eins auszuwichen“.

Leute, die es ethisch meinen mit der Sache der Arbeiter, können so nicht schreiben, so kann nur jemand schreiben, der ein Interesse daran hat, daß der Kampf gegen das Spitzeltum möglichst in den Hintergrund gedrängt wird, daß er verpumpt: entweder ein Agent Puttkamer's oder ein Agent eines Spitzels der Puttkamer'schen Polizei.

Und es ist nicht schwer, herauszufinden, aus welcher Quelle der Artikel stammt: die Beschimpfungen des News, die er uns lägenhafter Weise in den Mund legt, um die von uns bewirkte Brandmarkung der Verächter an News zu entkräften, rühren von Niemand anders her als von Joseph Peuser, dem noch immer oder vielmehr mehr als je intimen Freunde des Theodor Kaufmann. Herr Peuser ist der Urheber des, wahrscheinlich in Hinblick auf die freien Augen, die er erhält, „der Wahrheit die Ehre“ überschriebenen Artikels in Nr. 35 der „Autonomie“, ein Artikel, der nicht anders hätte lauten können, wenn er direct von Herrn Puttkamer bestellt worden wäre.

Als unsere Abgeordneten auf Grund der Aussagen des Druckers Wührer im Reichstag feststellten, daß ein notorischer Polizeispion eine ganze Zeit lang den Druck der Freiheit bezahlte, da ist es ihnen nicht eingefallen, den wirklich überzeugten Anhängern dieses Blattes einen Vorwurf zu machen, sie richteten ihren Angriff ausschließlich gegen Puttkamer und sein System. Und der Angriff sah, der sonst siegesfähige Minister trümmte sich förmlich unter der Wucht des Siebes.

Jeder ethische Gegner der preussisch-deutschen Polizeiwirtschaft freute sich dessen, es war ein Tag der Vergeltung für ihre zahlreiche Opfer. Wenn also jetzt Leute, die sich Anarchisten nennen, herkommen und unter der an den Haaren herbeigezogenen Ausrede, die Enthüllungen richteten sich eigentlich nur gegen sie, dieselben mit Gewalt zu verdächtigen und zu entkräften suchen — wenn in aller Welt, fragen wir, kann an solichem Tzum gelegen sein? Und die Antwort lautet mit zwingender Nothwendigkeit: Einzig und allein Puttkamer und seinen Leuten.

Wenn solches Gebahren nicht die Augen öffnet, von dem ist natürlich auch nicht die geringste Mitwirkung zu erwarten im Kampf gegen die Spitzeltätigkeit.

Aus Frankreich.

Paris, 4. März 1888.

Der Gemeinderath von Paris hat am 28. Februar seine Sitzungen wieder eröffnet. Die Wahl des Präsidenten und der Bureau hat gezeigt, daß die radikalen Autonomisten noch immer die Oberhand haben, und daß die Majorität des Gemeinderathes der Regierung gegenüber mehr als je die Rechte der Stadt Paris zu wahren suchen wird. Die Einzelheiten zwischen Radikalen und Autonomisten einerseits und Opportunisten und Reaktionsären andererseits sind diesmal den Vertretern der sozialistischen Partei zu Gute gekommen: der Sozialist Joffrin ist mit Hilfe der Letzteren zum Vizepräsidenten des Gemeinderathes ernannt worden.

Der Konflikt zwischen der Majorität dieser Körperschaft und der Regierung trat sofort in der Eröffnungsrede scharf zu Tage. Der Präsident Dario trat ungemein energisch für das Recht der Selbstverwaltung von Paris ein und betonte, daß sich der Gemeinderath zwar im Konflikt mit der Regierung wisse, dagegen in voller Uebereinstimmung mit seinen Wählern. Er werde deshalb trotz allen Widerstandes alle Forderungen und Beschlüsse aufrecht erhalten, welche die Interessen der arbeitenden Klasse erleichtern können oder welche die ökonomischen Bedingungen der städtischen Arbeiter verbessern sollen. Der Gemeinderath werde sich eher auflösen, als nachgeben.

(Diese vorerwähnten Franzosen! Da ist es im „Reich der Gottesfürcht und frommen Stille“ doch ganz anders!)

Gleichsam als herausfordernde Antwort auf diese Rede verlas der Gemeinderath die Erklärung, daß die Regierung nachstehende vier Beschlüsse des Gemeinderathes annullirt habe: 1) den Wunsch einer Amnestie für alle politischen Verbrechen; 2) die Verpflichtung der Unternehmer von städtischen Arbeiten, den neunundfünfzigsten Normalarbeitslohn und einen Minimallohn einzuführen, sowie sich der Kontrolle der städtischen Arbeitsinspektoren zu unterwerfen; 3) Einmischung des Gemeinderathes in die städtischen Administrationen und deren Personal; 4) Aufhebung des Religionsunterrichtes in dem Gymnasium Rollin.

Dagegen hat die Regierung einen von dem Gemeinderath abgelehnten Ausgabeposten von fast 3 Millionen für die Garde republicaine zwangsweise auf das städtische Budget gesetzt.

Gegenüber diesen Entscheidungen hat der Gemeinderath beschloffen, vor Allem die obigen Besserungen in der Lage der städtischen Arbeiter durchzuführen. Da der Staat nicht erlaubt, den Unternehmern die gemannten Bedingungen aufzuerlegen, so wird die Stadt von nun an ihre Arbeiten selbst in die Hand nehmen und direct ausführen lassen. Wenn sie selbst als Arbeitgeber austritt, muß ihr offenbar das Recht zustehen, ihre Arbeiter unter den Bedingungen arbeiten zu lassen, welche sie für gut befindet.

Sobald Paris unter verhältnismäßig besseren Bedingungen arbeiten läßt, wird freilich der Zulaß der Arbeiter nach hier bedeutend wachsen, denn die Arbeitslosigkeit nimmt im Lande immer größere Dimensionen an. Sie offenbart sich nicht nur in dem Elend, welches Jeden, der sich mit der Beobachtung der sozialen Verhältnisse abgibt, auf Treitt und Schritt entgegenstarrt, sondern auch in der im ganzen Lande ausgebrochenen Bewegung gegen die ausländischen Arbeiter. Besonders in Südfrankreich, wo Spanier und Portugiesen eine fürchterliche Konkurrenz machen, ist die Agitation hart und heftig.

In Grenoble, Bourdeaux und in anderen südlichen Städten ist es in den letzten Wochen zu heftigen Szenen zwischen französischen und fremden Arbeitern gekommen. In Bourdeaux fand am 26. v. M. ein großes Meeting der Arbeitslosen statt, welches den Zweck hatte, einer Petition noch mehr Nachdruck zu geben, welche von der Stadt Ausschließung aller fremden Arbeiter von den städtischen Unternehmungen fordert. Die Petition trägt mehr als 10,000 Unterschriften.

In dem Meeting wurde beschloffen, die Stadt Bourdeaux, desgleichen die Ministerien, insbesondere das der Marine, zu ersuchen, bei Submissionen von städtischen und Staatsarbeiten den Unternehmern die Bedingung aufzuerlegen, nur Franzosen einzustellen, ferner die Kammer aufzufordern, jeden fremden Arbeiter mit einer Kopfsteuer zu belegen und mit dem Ertrag dieser Steuer eine Unterstühtungskasse für arbeitslose Arbeiter zu gründen. Weiter soll die Regierung allen desertirten Soldaten und Matrosen Amnestie gewähren, nur Franzosen als Schiffsbemannung zulassen, Schiffe, die nicht im Lande erbaut, das Recht auf die französische Flagge verweigern und sie mit einer Steuer belasten. Am Schluß des Meetings konstituirte sich eine Arbeitsliga, welche eine Delegation von drei Personen nach allen Industriezentren entsendet, um do selbst Propaganda für diese Forderungen zu machen.

Der Deputirte Braban hat somit nur einer thatsächlich vorhandenen Stimmung entsprochen, wenn er in der Kammer den abgesehenen bereits mehrmals von anderen Deputirten eingebrachten Antrag wiederum eingebracht hat, für fremde Arbeiter eine Kopfsteuer festzusetzen. Der Bericht, mit welchem er seinen Antrag begründet, liefert sehr interessante Zahlen, aus denen wir nachstehende herausheben:

Die Zahl der Fremden ist seit 1867 von 1,67 Proz. der französischen Bevölkerung auf fast 8 Proz. gestiegen. Im Verhältnis zu der männlichen Bevölkerung kommt ein Ausländer auf 11—12 Franzosen. Die Fremden vertheilen sich der Nationalität nach wie folgt:

Belger	482,261
Italiener	264,568
Drutsche	100,114
Spanier	79,550
Schweizer	78,584
Engländer	86,184
Oesterreicher	12,090
Verschiedene Nationen	72,230.

Wie bemerken hierzu noch, daß von den französischen, besonders von den Pariser Arbeitern anerkannt wird, daß die Deutschen im Allgemeinen keine Schmutzkonkurrenz machen, ferner, daß sie sich bei allen Streiks sehr solidarisch mit ihren französischen Kameraden erwiesen. Die Kopfsteuer wird den Strom der Einwanderung nicht hemmen, da er durch die erbärmliche politische und ökonomische Lage der Nachbarländer genährt wird. Um so weniger, da die französischen Unternehmer, die sich sonst als gute Patrioten ausweisen, mit Vorliebe fremde Arbeiter einstellen, sobald diese nur billiger als die einheimischen sind, wie z. B. die Italiener, Spanier, Belgier. Das einzige Mittel, der Konkurrenz durch Unterlohn beizukommen, ist die Festsetzung von Minimallohn für sämtliche Arbeiter.

Dieser Ausweg ist von den Sozialisten seit Jahren vorgeschlagen, allein umsonst; wo bliebe sonst die goldene „Freiheit, die ich meine,“ die Freiheit der Arbeit und des Ausbrennens?

Zum Schluß eine sehr charakteristische Randbemerkung zu den Lobeshymnen auf die Vorträge unserer herrlichen Gesellschaft und Zivilisation. Der Vertreter Salignan hat eine bedeutende Summe zu einem Kgl für bedürftige Gelehrte und Künstler testamentarisch bestimmt. Wie der „Temp“ sich sinnig ausdrückt, sollen „hundert Personen beider Geschlechter, welche der großen Familie der Künste und Wissenschaften angehören, und die nicht die Klugheit hatten, an die Zukunft zu denken,“ in dem Kgl Aufnahme finden, und zwar fünfzig gegen eine jährliche Pension von 500 Fr. und fünfzig ganz unentgeltlich.

Das Kgl soll im kommenden Sommer eingeweiht werden, bis dato hat aber das öffentliche Unterstühtungskamt bereits nicht weniger als 5000 Aufnahmefälle erhalten. Der „Temp“ gibt zu, „daß die Mehrzahl der Bittsteller nothgedrungen zurückgewiesen werden muß, obgleich sie alle gestellten Bedingungen erfüllen.“ Kunst und

Wissenschaft gehen heut nicht mehr nach Brot, sondern direct Betteln. Maschinenkult und Luxusdurst auch hier, das behaft Preisherrschung in Ueberproduktion erzeugt und dann auf's Pfaster geworfen wird.

Ihr Gelehrten und Künstler, schaut auf die 5000 mit dem Bettelstab und tretet in die Reihen des vorwärtsstrebenden Proletariats! O. p.

Sozialpolitische Rundschau.

Paris, 7. März 1888.

Der in voriger Nummer bereits erwähnte Aufruf der Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie hat folgenden Wortlaut:

An unsere

Parteigenossen und die Arbeiter aller Länder!

Am 5. Oktober v. J. beschloß der Parteitag der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands von St. Gallen (Schweiz) und die unterzeichneter Fraktion zu beauftragen, gemeinsam mit den Vertretern der Arbeiter anderer Länder im Laufe des Jahres 1888 einen allgemeinen internationalen Arbeiterkongress einzuberufen, und zwar zu dem Zweck, Schritte zu bekräften, in welcher Weise eine wirkliche internationale Arbeiterschutzgesetzgebung ins Leben gerufen werden könnte.

Da nun kurz vor dem St. Galler Parteitag der Kongress der englischen Tradesunions einen ähnlichen Beschluß gefaßt hatte, hielten wir für angemessen, uns mit der Leitung der englischen Tradesunions, dem Parliamentary Committee, dessen Sekretär Herr Broadhurst ist, ins Benehmen zu setzen, um eine Verständigung über die Einberufung des Kongresses zu erzielen. Wie erklärten dem P. C., unferseits auf die Einberufung eines Kongresses zu verzichten, wenn das P. C. sich bereit erklärte:

- 1) daß die Einladung zum Kongress nicht allein in englischer und französischer Sprache (wie das P. C. beschloffen hatte), sondern auch in deutscher Sprache erlassen werde;
- 2) daß die Einladung so gehalten werde, daß es den deutschen wie den österreichischen Arbeitern möglich sei, trotz der in ihren Ländern bestehenden beschränkten Vereins- und Versammlungsgesetze und der Ausnahmegesetze gegen die Sozialisten sich vertreten zu lassen;
- 3) daß die parlamentarischen Vertreter einer Arbeiterpartei eo ipso als Vertreter ihrer Partei auf dem Kongress zugelassen würden.

Diese Wünsche hatten wir des Näheren mit Hinweis auf die politischen Zustände Deutschlands und Oesterreichs motivirt; außerdem hatten wir darauf hingewiesen, daß der Zweck des Kongresses allein voll und ganz erreicht werden könne, wenn die Arbeiterklasse ohne Rücksicht auf die Organisation oder Parteistellung auf einem solchen Kongress vertreten sei.

Daß ein internationaler Arbeiterkongress, auf dem die deutschen und österreichischen Arbeiter nicht vertreten sein können, nur ein Kumpfkongress ist, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Man hätte also glauben sollen, daß das Parliamentary Committee bereitwillig in die dargebotene Hand einschlug und im Interesse der Sache die billigen Konzeffionen machte.

Anfangs glaubte auch Herr Broadhurst versprochen zu dürfen, daß das P. C. unseren Wünschen möglichst werde entgegenkommen, später jedoch erklärte er, und zwar vermittelst Briefes vom 25. Januar d. J. an unsere Genossen (Wesler in London) — den wir nebst Genosse Kautsky mit der mündlichen Verhandlung mit dem P. C. beauftragt hatten —, daß das P. C. auf unsere Bedingungen nicht eingehen könne. Der von ihm einuberufende internationale Kongress soll ausschließlich ein Gemischterkongress sein, auch müßten die Delegirten sich der von ihnen, den Engländern, aufgestellten Tagesordnung — Stand der — unterwerfen.

Damit war also die im Interesse der Sache so notwendige Verständigung unmöglich geworden, und nicht durch unsere Schuld.

Indem wir hiermit den Sachverhalt wahrheitsgemäß veröffentlichen, richten wir an unsere Genossen wie an die Arbeiter aller Länder die Aufforderung, dem von dem P. C. der englischen Tradesunions für den November d. J. in Kaschau genommenen Kongress nicht zu beschließen, vielmehr ihre Kräfte zu sparen und dafür einen für das Jahr 1889 einuberufenden allgemeinen internationalen Arbeiterkongress um so zahlreicher zu besuchen. Das Parliamentary Committee hat in dieser Angelegenheit eine Haltung beobachtet, wie sie einer Arbeitervertretung, die das wirkliche Interesse der von ihr vertretenen Klasse im Auge hat, nicht würdig ist. Welche Berechnungen und Kombinationen das P. C. zu dieser Haltung vorantrieb, lassen wir dahingestellt sein, daß aber das P. C. mit seiner ablehnenden Haltung im Interesse und im Einverständnis mit seinen Auftraggebern, den Vertretern der englischen Arbeiter auf dem Tradesunionskongress zu Swansea, gehandelt haben soll, erlauben wir uns bis zum Gegenwärtigen zu bezweifeln.

Wir sind nunmehr entschlossen, gemeinsam mit den Vertretern der Arbeiterklasse anderer Länder, einen allgemeinen internationalen Arbeiterkongress für das Jahr 1889 einzuberufen, und bitten, diesbezügliche Erklärungen und Zuschriften an

W. Siebeck, Vorkörber bei Leipzig,

gelangen zu lassen.

Die Arbeiterorgane aller Länder werden um getreuen Abdruck dieser Erklärung ersucht.

Berlin, 1. März 1888.

Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags:

Bebel, Dietz, Frohme, Grillenberger, Harm, Krücker, Reiser, Sabor, Schumacher, Singer.

— Ein Wettermännchen. Wer kennt nicht das Barometermännchen, welches bei schlechtem Wetter im Hause ist und nur bei gutem herauskommt? Ein solches Barometermännchen, oder richtiger Barometermann — bid und plump — ist der Kultusminister in spo des Deutschen Reichs, der Hofprediger und Eideschwörer Stöcker. Der Wetterstand ist für ihn der Stand der kronprinzlichen Krankheit. Was braucht die Bulletin gar nicht zu lesen — wer den Wettermann im Talar“ beobachtet, weiß sofort, wie es in St. Remo steht. Als im November vorigen Jahres die famose Krebsdiagnose gestellt ward, da stürzte der Stöcker mit offenkundiger Geschwindigkeit aus dem Häuschen, und hielt die Versammlung beim Grafen Waldersee ab. Als dann die Nachrichten aus St. Remo wieder unglücklicher lauteten, d. h. dem Wettermann keinen Sonnenschein in Aussicht stellten, da marschirte derselbe, erst langsam und dann in einem durch die Schritte seiner Freunde beschleunigten Tempo in das Häuschen zurück, und blieb auch drin, bis der Krankheitsbericht aus St. Remo ihm wieder besseres Wetter ankündigte. Da schloß der Wettermann im Talar wieder aus dem Dunst hervor, und während das Resser des Chirurgus die Rehle durchschnitt, da er einst das böse Wort hervorgekungen: „Die (Stöcker'sche) Judenhege ist die Schmach des Jahrhunderts!“ feierte der Wettermann im deutschen Reichstag seine fröhliche Kuckersprung und präsentirte sich der Welt als der eigenliche Führer der Kartellmehrheit, als der Herr der Situation: Stöcker triumphiert, Stöcker der Triumphephalor! Wer, der treu fest zu Kaiser und Reich — zu dem alten Kaiser und zu dem jungen Kaiser — wer mag es, dem Stöcker die Halbtag zu versagen, und in ihm nicht „den kommenden Mann“ anzubieten?

Und wirklich — nur Wenige wagten es; und die Rationalisten waren sich knurrend vor ihm in den Staub — allen vora der „Staatsmann“ Henningsen, der die Stöckermission mit seiner Namensunterschrift bedeckte.

*) Der selbst Mitglied eines Londoner Gewerksvereins ist und wiederholt Delegirter auf Gewerksvereinskongressen war.

Die Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Auf ein paar Tage verschwand dann der Wettermann wieder — schlechte Nachrichten aus St. Remo — das Chirurgengemeinschaft hatte nicht getötet; der Kranke schenkt sich zu erholen.
Nach aber kamen wieder gute Nachrichten. Die Heilung machte keine Fortschritte — bedenkliche Symptome treten zu Tag und häuften sich. Und wieder trat er hervor an's Licht der Sonne, die auch Reineidsplaffen bespricht. Und auch diesmal zu großem Wort.
Es galt einen entscheidenden Schlag zu führen: Das verhasste Judentum und die verhasste moderne Kultur in Einer Person zu treffen und mit einem Schlag niederzuschmettern und „in den Roth“ zu werfen, wohin Beides gehört.

Es war ein denkwürdiges Schauspiel — eine denkwürdige That. Ein moralisches Autodafé über einen der größten Sünder unseres Jahrhunderts: über Heinrich Heine, den Juden, den Gottes- und Pfaffenfeind, den materialistischen Freigeist.

Da galt es, gewaltig zuzuschlagen — zu vernichten — verbrennen. Und sich der Zufallsleihe nicht, weil er so klug gewesen, schon vor der Ankunft des zweiten Autodafé zu sterben. —

Die Einzelheiten des Autodafé sind bekannt, der „kommende Mann“ versuchte und beschimpfte, wie nur „der kommende Mann“ versteht. Und er war vorzüglich gemessen in der Wahl seines Publikums. Noch den 2000 Zuschauern, die dem Reitergericht beiwohnten, und die Flüche und Beschimpfungen des brüllenden Reineidsplaffen mit johlendem Beifall begrüßten, gehörten etwa 500 zu der Reinerstypen Sorte der Bismarckmann'schen Stöckergelehrten, und die übrigen 1500 waren — deutsche Studenten. Blau geschleht, pomadendübelst, birnenhaft ausgeputzt, jeder zum mindesten ein halbes Dutzend Glas Bier im Leib und ein halbes Dutzend in Gedanken — so lagen sie da, so standen sie da, „Deutschlands Zukunft“, glänzende Produkt der Erziehung, wie sie im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitten betrieben wird — und sie johlten, johlten. Brausendes Gejohle bei jedem Schimpfwort auf die verdamnte Rasse der Juden; brausendes Gejohle bei jedem Schimpfwort auf die unchristliche, unpatriotische Kultur. Und endlich ein wahrer Torwahn des Beifallsgejohls und „Gebrülls“, als der große „kommende Mann“ am Schluss seiner Predigt den gottlosen Heine für eine „Rothgeburt“ erklärte, der nur ein Denkmal von Roth gebäre.

Betrachtungen sollen hier nicht gemacht werden. Es soll ein Stimmungsbild sein, nichts weiter. — Das ist kein verspäteter Pastnachzügler. So Recht's wirklich in Deutschland aus, — und der „Wettermann“ ist in der That der „kommende Mann“.

— Herr Stöcker ist in Berlin sehr thätig. Er will mit Gewalt den schiefen Wahlkreis für sich erobern, und setzt zu diesem Behuf Himmel und Hölle in Bewegung — wobei ihm sein Freund Puttkamer natürlich nach Kräften unterstützt. Daß die „Berliner Polizei“ in den Diensten des Herrn Stöcker steht, ist eine alte Geschichte — jetzt zeigt sie das ganz ungenügend, indem die Polizeidirektion zur Verbreitung der Stöcker'schen Unsäuberlichkeiten — Flugblätter dürfen bekanntlich nicht mehr ohne polizeiliche Erlaubnis in dem belagerten Berlin verbreitet werden — die Genehmigung erteilt und die Verbreitung nach Kräften befördert, so daß man ohne Uebertreibung sagen kann: Die Polizei hat die Zeitung der Wahllegitimation für die Stöcker'schen übernommen. Allein dies ist nicht der einzige Vorzug, den Herr Puttkamer seinem künftigen Kollegen Stöcker leistet: er rüht auch die Anberaumung des Neuwahltermins möglichst in die Länge, damit die Unsäuberlichkeiten des Stöcker recht von amoro unter die Massen gebracht werden können.

Erwähnt muß noch werden, daß Herr Stöcker in seinen Flugblättern Passalle regelmäßig als königlich preussischen Sozialisten aufmarschieren läßt, dessen Programm und Taktik von den Berliner Arbeitern lieber schände verlassen worden seien. Die Arbeiter sollten nur „umlehren“, das „soziale Königtum“, welches Passalle's Ideal gewesen, sei jetzt da; die Arbeiter sollten sich nur von den falschen internationalen Böden abwenden, dann würde die Regierung ihnen Alles gemähren.

Wir theilen das bloß mit, um festzustellen, mit welcher Unverfrorenheit das nicht neue Manöver: Passalle zum nationalen Sozialisten zu humpeln und als Reduziert für die Arbeiter zu benutzen, jetzt betrieben wird. Schon um Herrn Stöcker dafür zu rüchtern, daß er mit seinen unreinen Fingern Passalle berührt, werden die Berliner Arbeiter dem Reineidsplaffen am Tage der Wahl zeigen, wo Barttel den Roth holt.

— Zur Naturgeschichte der Bismarck'schen Sozialreform. Wenn es in Bezug auf die Frage der Sozialreform einen Satz gibt, in welchem die Männer aller Anschauungen und Standpunkte übereinstimmen, so ist es der: daß eine gute, zuverlässige Statistik und eine genaue Kenntnis der sozialen Verhältnisse die unentbehrliche Vorbedingung einer ernsthaften Sozialreform bilden. Zur Herstellung einer solchen Statistik und zur Erlangung einer solchen Kenntnis hat aber das Institut der Fabrikinspektoren sich bisher als das beste geeignete Mittel bewährt, und die größere oder geringere Genauigkeit der Kenntnis der sozialen Verhältnisse fällt in den Kulturländern, welche Fabrikinspektoren haben, mit der größeren oder geringeren Entwicklung des Fabrikinsektorats genau gleichem Schritt. England steht in dieser Beziehung obenan, Deutschland noch am tiefsten; und von allen Seiten, wo man es mit Maßregeln auf dem Gebiete der Sozialreform nur irgendwie ehrlich meint, wird deshalb in Deutschland eine Vermehrung der Fabrikinspektoren und eine ausgedehntere Nachforschung für dieselben verlangt.

Wohlan, am 28. Februar d. J. kam die Materie im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache, und bei dieser Gelegenheit sprach Herr v. Bötticher, der Reichsminister speziell für „Sozialreform“, das große Wort gefaßt aus:
„Die Berichte der Fabrikinspektoren können zu unserer Kenntnis der sozialen Zustände nichts beitragen.“

In richtigem Deutsch übersetzt, heißt das: Die Sozialreform ist unser „Schnappe“; wir haben sie als Schaustück auf den Tisch bringen müssen — ähnlich wie das allgemeine Wohlbefinden, wären sie aber ebenbürtig wie dieses wieder los, wissen wir nicht recht, wie wir's anfangen sollen. Und was das Institut der Fabrikinspektoren betrifft, so kann es und auch gestrichen werden. Wozu brauchen wir Kenntnis der sozialen Zustände? Unsere, d. h. der Junker und Bourgeois „sozialen Zustände“ kennen wir zur Genüge, und für uns haben wir auch tauter und lähn die „soziale Frage“ gelöst und lösen sie fortwährend. Was gehen uns die sozialen Zustände der Arbeiter an? Von diesen haben wir schon so viel.

Schert bei Seite. Das Wort ist wirklich gefallen. Und es bedient die sogenannte Sozialpolitik der Reichsregierung besser, als hundert der schärfsten Zeitartikel es thun könnten.

— Eine recht lehrreiche Ergänzung zu dem im Vorstehenden Gesagten bildet folgende erst in diesen Tagen in durchaus lokalen rheinischen und westphälischen Blättern erschienene Mitteilung:
„Eigentlich Berechnen nach steht die Anstellung weiblicher Bahnwärter auf bestimmten Strecken der Eisenbahn Köln-Münster als definitiv fest. Mit dem 1. April soll diese Einrichtung in Kraft treten. In Folge dessen werden die alten angestellten Bahnwärter anderweitig verwendet; einige werden fernab von der Heimat auf andere Bahnstrecken versetzt, andere werden den Dienst als Streckenwärter oder Wächter versehen müssen. Die jüngeren Bahnwärter finden als Rottenarbeiter Beschäftigung. Jedoch ist nicht ausgeschlossen, daß sich für den Bahnwärterdienst auch Männer zu dem für die weiblichen Wärter herabgesetzten Lohne melden können. Derselbe beträgt pro Tag 1 Mark 20 Pfg., das heißt somit für die Wärterin und ihre Abführung je 60 Pfg. Für diejenigen, welche an Hauptübergängen Dreipiertel Tagessdienst leisten müssen, würden 80 Pfg. ausbezahlt.“

Die fortschrittliche Berliner „Volkzeitung“, der wir die Roth entnehmen, bemerkt dazu:
Wir geben diese Mitteilung hier wieder in der zuverlässigsten Form, das heißt durch eine Erklärung von maßgebender Stelle von Anfang bis zu Ende als erlunden bezeichnet wird. Es erscheint uns völlig ausgeschlossen, daß auf diese Weise Sparmassen bei den Betriebsausgaben der Staatsbahnverwaltung erzielt werden könnten. Im Interesse der Eisenbahnverwaltung ersuchen wir Herrn

Binder freundschaftlich, dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten sofort das erforderliche Maß weißen Papiers zur Verfügung zu stellen.“

Auf die „Ausstellung“ wird die „Volkzeitung“ wohl ziemlich lange warten müssen. Auf diese Weise, d. h. durch Beschneidung der Löhne der schlechtgezahlten Arbeiter, werden von jeder die Ersparnisse gemacht, und warum sollte es plötzlich anders werden? Man kann doch nicht an den Gehältern der Direktoren u. a. Abstrichungen vornehmen. Und da Jedermann weiß, in wessen Schuld die Ersparnisse wandern, so kann nur ein durch und durch reichsfeindliches, vaterlandloses Blatt es bemängeln, wenn im Staate der Sozialreform der Berufstätigkeit der Frau eine neue Quelle eröffnet wird — im Bahnwärterdienst.

— Das Erkenntnis im Berliner Sozialistenprozess lautet auf Verurteilung von sechs der angeklagten Genossen, nämlich die Rauwer Ferkel und Wilschke, die Tischler Schmidt und Seezig, den Steinmacher Zahn und den Nähmaschinenarbeiter Apelt, zu je drei Monaten und zwei derselben, den Tischler Scholz und den Schlosser Reumann zu je zwei Monaten Gefängnis. Sämtlichen Angeklagten wurden je zwei Monate als durch die Unternehmungshaus verbüßt in Anrechnung gebracht, so daß nur die sechs Erstgenannten noch je einen Monat Gefängnis zu verbüßen haben. Ein mageres Resultat für die Puttkamer'schen Staatsräuber, wenn man bedenkt, mit welchem Riesengeparat von Polizeimitteln der Prozess in Szene gesetzt und welche grausamen Enthaltungen von Polizeirepellen in Aussicht gestellt wurden. Ein um so magereres Resultat, als der Gerichtshof bei Prüfung des Erkenntnisses sich überall auf den Standpunkt der neuen Reichsgerichtskenntnis gestellt hat, an seiner „korrekten“ Bestimmung also gar nicht zu zweifeln ist.
Nur eines vermochten die betreffenden Richter oder wenigstens die Mehrheit der betreffenden Richter — denn wir möchten festhalten Niemand Unrecht thun, am allerwenigsten dem von der berühmtesten lebenden Deputation her bekannten Herrn von Romaszki — nicht über sich: gleich ihren Kollegen in Halle haben sie es abgelehnt, den unglücklichen Zeugen, mit denen die Puttkamerlinge aufmarschierten, Glaubens zu schenken. Es heißt darüber im Erkenntnis:
„Der Gerichtshof hat die Befundungen der vernommenen Polizeibeamten, soweit sie über ihnen von Vertrauensmännern erworbenen Mitteilungen berichteten, nicht für beweiskräftig erachtet, da der Gerichtshof nicht in der Lage war, die Glaubwürdigkeit dieser Vertrauensmänner zu prüfen.“ Der Gerichtshof hat diesen Befundungen nur insofern Glaubens geschenkt, als dieselben durch andere Zeugnisse und Thatsachen unterstützt wurden.“

Es war allerdings eine harte Zumuthung an die Richter, sich von einem Kriminalkommissar Schöne oder irgend einem Polizeiwachmeister allerhand Geschichten erzählen lassen und sich auf die Frage: Ja, woher wissen Sie denn das, mit der Antwort beschreiben zu müssen: „Das kann ich nicht sagen. Meine Dienstpflicht verbietet mir, meine Vertrauensmänner zu nennen.“

Das heißt, den Richter unter die niedrigsten Handlanger der Polizei stellen, und dagegen streift sich selbst ein prüflicher Richter heute noch. Ist's nicht sein juristisches Gewissen, so ist es sein Standesgefühl, das sich dagegen auflehnt. Es müssen zum Teil sehr nette „Vertrauensmänner“ sein, diese lästigen Gesellen, die sich für einen Judaslohn in die Reihen der Arbeiter schleichen und alles berichten, was sie gebüßt und nicht gebüßt, was sie erschaut und er-rathen haben. Aus der Weigerung der Polizei, sie zu nennen, kann man auf ihre Beschaffenheit, auf ihre Zuverlässigkeit schließen.

Nun, der Prozess ist zu Ende, und was hat die Polizei erreicht? Gar nichts. Sie hat eine Anzahl Arbeiter auf eine Zeit lang hinter Schloß und Riegel gebracht, das ist alles. Und wenn es so viel Jahre wären als es Monate sind, so würde die Wirkung auf die Berliner sozialistische Bewegung die gleiche sein. Kein Arbeiter, der durch den Prozess von der Unrichtigkeit, von der „Verwerflichkeit“ der sozialdemokratischen Bestrebungen überzeugt worden wäre, kein Arbeiter, der sich von der Zugehörigkeit zu derselben hätte abscheiden lassen. Gerade vom Standpunkt der Polizei aus ist der Prozess eine schmachvolle Niederlage derselben. Sie behauptet, daß in Berlin eine große geheime Organisation, eine weit ausgedehnte geheime Verbindung bestünde, die sie, bis in die kleinsten Verzweigungen hin, genau kenne. Sie, die Rührer, reichsbekannt politische Geheimpolizei der Welt hat zugeschworen, und was hat sie getroffen? Acht, sage acht Personen, und sonst nichts, nichts, absolut nichts.

— Warnung! Die Leipziger Junfmeister des ehrsamsten Steinmeyer gewerbes haben, zur Bethätigung ihres „acht deutschen und christlichen Sinnes“, ihre Arbeiter, weil diese nicht Hunde sein und nicht von der Laune oder Gnade der Herren Meister abhängen wollen, aus der Arbeit gejagt, und geben sich jetzt alle erdenkliche Mühe, die „widerpenigen Gesellen“, deren ganzes Verbrechen es ist, daß sie an ihrer Organisation — dem insofern von der Polizei arbeiterfreundlich aufgestellten Fachverein — festhielten, dauernd „außer Brod“ zu setzen. Und da sich in Deutschland keine Arbeiter finden, niedrig und kurzfristig genug, die Stellen der so schändlich Genusregeln einzunehmen, so haben die frommen Herren Junfmeister jetzt einen Agenten ausgesandt, der aus dem Auslande, namentlich aus Italien, Gesatz für die „Rebellen“ herbeisuchen soll. Es ist notwendig, daß die Arbeiter aller Länder vor diesem Agenten und seinen Absondern warnen werden. Wir bitten deshalb sämtliche Arbeiter und der Arbeitervereine nicht feindseligkeiten, diese Warnung abzubringen, und der von den Leipziger Junfmeistern verbreiteten Lüge, die Arbeiter hätten die Arbeit freiwillig niedergelegt, und seien an dem ganzen Streik Schuld, entgegenzutreten. Den Arbeitern war zugemutet worden, ihrem Fachverein auszugehen, und dessen weiterten sie sich. Daraufhin erfolgte die Aussperrung der Arbeiter. Als tuz darauf der Fachverein von der mit den Junfmeistern unter einer Dreda stehenden Polizei aufgelöst wurde, sogen die Herren Junfmeister allerdings das nun hinlänglich gewordene Bedingung zurück, daß die Arbeiter aus dem Fachverein austraten müßten, heißt aber statt dessen die noch strengere Bedingung, daß die Arbeiter auch künftig keinem Fachverein angehören dürften. Wären die Steinmeyer aus diese Bedingung eingegangen, so verdienten sie die Krone, welche die kraven Herren Junfmeister in christlicher Liebe für sie in petto haben.
Darum noch einmal: Warnung vor Zugzug nach Leipzig!

— Auch eine Frucht des Sozialistengesetzes. Die Reichsregierung betreibt, wie die Leser ja wissen, seit mehreren Jahren mit der ihr in solchen Dingen eigenen Hartnäckigkeit die Einführung eines Gesetzentwurfs, welcher die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen ausschließen, oder wenigstens auf's Keucherste beschränken soll. Wir wollen hier nicht auf die Bedeutung der Öffentlichkeit im Gerichtsverfahren hinweisen — wir wollen nicht des Längeren auseinander setzen, — was zum Gemeinplatz geworden ist, — daß in der Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens die Hauptbürgschaft gegen Mißbräuche in der Rechtspflege liegt. Genug, der Regierungsentwurf wurde von den früheren Reichstagen richtig ausgelehnt und dementsprechend zurückgewiesen. Auch dieser karthäusische Reichstag hatte in seiner ersten Session noch so viel Schamgefühl, daß er zu dem Ding nicht Ja zu sagen wagte. Jedes Kartellbrüder sind Kartellbrüder. Und für die verdrehten Rührer der Regierung in Sachen der neuen Sozialistengesetzlosane Widerstand geleistet zu haben, müssen sie durch verdoppelte Geröllität nach anderer Richtung hin Buße thun. Sie haben sich jetzt entschlossen, dem Regierungsentwurf zuzustimmen. Und sie haben sich — bemerkenswertes Moment — dazu entschlossen, nachdem einer der Regierungskommissäre in der Kommission das Geständnis gemacht hatte, die Regierung brauche das Gesetz zum Schutze ihrer Polizeibeamten in den Sozialisten- und sonstigen politischen Prozessen.
Da haben wir's. Schutz für die Jhring-Mahlom's und Raparra's — Schutz für die Männer mit dem „allgemeinen Ehrenzeichen“ und für Solche, die es haben wollen!

Also nicht genug, daß unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes das Recht auf's Schmachvollste gebreut, die Justiz der Polizei dienstbar gemacht worden ist, wird jetzt auch noch, zur besseren Ehre des Sozialistengesetzes und um eine schnelle Handhabung desselben zu ermöglichen, das Bollwerk der modernen Rechtspflege: Die Öffentlichkeit beseitigt.

— Und überrascht das indes in keiner Weise. In Gegenwart, wie konstatieren, daß alle unsere vorhergehenden in Bezug auf das Sozialistengesetz und dessen Wirkungen sich im wollesten Maße erfüllt haben.

— Die Reichstagsession wird schon im Laufe dieser Woche (der 10. März ist in Aussicht genommen) geschlossen werden. So rasch hat noch kein Reichstag gearbeitet; so viel Geld und Blutsteuer hat noch keine bemittelt, — so viel Volkstrost hat noch keine preisgegeben, — und so wenig hat noch keine sein gesagt. Für das Volk und insbesondere die Arbeiter ist nichts, aber auch gar nichts in der zu Ende gehenden Session gesehen. Die Altersversorgung ist wieder vertagt — und nicht einmal die Betteiligung, welche von der Sonntagsgarbeitskommission gefordert worden ist, wird den Arbeitern verabreicht werden, denn der Bundesrat wird sie, aus lauter Respekt vor der „kaisertlichen Volksherrschaft“, fürsorglich weggeschütten, damit es den deutschen Arbeitern nicht zu wohl werde.
Trotzdem fahren die Repellen fort, die riesigen Verdienste, welche die deutsche Regierung sich um die „Sozialreform“ erworben hat, in alle Welt hinauszuplappeln, und allen Vätern der Erde zu verkünden, daß es nur ein Land gebe, in welchem etwas Ordentliches für die Arbeiter gesehen, und ein fester Grund zur Lösung der sozialen Frage gelegt worden sei — und daß dieses Land Deutschland heiße und sein Reichskanzler Bismarck.

Reklame ist die Hauptsache — sagt Darmun.

— Und überrascht das indes in keiner Weise. In Gegenwart, wie konstatieren, daß alle unsere vorhergehenden in Bezug auf das Sozialistengesetz und dessen Wirkungen sich im wollesten Maße erfüllt haben.

— Die Reichstagsession wird schon im Laufe dieser Woche (der 10. März ist in Aussicht genommen) geschlossen werden. So rasch hat noch kein Reichstag gearbeitet; so viel Geld und Blutsteuer hat noch keine bemittelt, — so viel Volkstrost hat noch keine preisgegeben, — und so wenig hat noch keine sein gesagt. Für das Volk und insbesondere die Arbeiter ist nichts, aber auch gar nichts in der zu Ende gehenden Session gesehen. Die Altersversorgung ist wieder vertagt — und nicht einmal die Betteiligung, welche von der Sonntagsgarbeitskommission gefordert worden ist, wird den Arbeitern verabreicht werden, denn der Bundesrat wird sie, aus lauter Respekt vor der „kaisertlichen Volksherrschaft“, fürsorglich weggeschütten, damit es den deutschen Arbeitern nicht zu wohl werde.
Trotzdem fahren die Repellen fort, die riesigen Verdienste, welche die deutsche Regierung sich um die „Sozialreform“ erworben hat, in alle Welt hinauszuplappeln, und allen Vätern der Erde zu verkünden, daß es nur ein Land gebe, in welchem etwas Ordentliches für die Arbeiter gesehen, und ein fester Grund zur Lösung der sozialen Frage gelegt worden sei — und daß dieses Land Deutschland heiße und sein Reichskanzler Bismarck.

Reklame ist die Hauptsache — sagt Darmun.

— Rom hiß! Die Katholiken oder wohl richtiger die Ultramontanen in der Schweiz betreiben zur Zeit lebhaft die Gründung von katholischen Arbeitervereinen, ziemlich eingestandenemassen im Gegensatz zum Grütliverein, der sich zwar grundsätzlich zum das religiöse Glaubensbekenntnis seiner Angehörigen nicht kümmert, sich aber von allen sogenannten Kulturkämpfern fernhält, aber gerade wegen dieser Toleranz gewissen Konservativen um so fataler ist. Es handelt sich darum, die Arbeiter auch politisch im Bann der konfessionellen Parteien zu halten. Den Ultramontanen kann man aus diesem Bestreben kaum einen Vorwurf machen, man kann es bekämpfen, und wir wären gewiß die letzten, die das nicht thäten, aber man kann den Herren nicht bestreiten, daß sie von ihrem Standpunkt aus nur konsequent handeln. Wenn nur die Gegner des Ultramontanismus ebenso konsequent handelten. Aber da hat der Selbstsich ein gewichtiges Wort mitzureden. Was keines noch so berechneten Dialektikers Worte vermöchten, das bringt er jünger: er macht aus dem eifrigsten Liberalen einen begeisterten Bundesgenossen — Rom's.

Man höre, was der liberalen Münchener „Allgemeinen Zeitung“ aus der Schweiz über die neue Gründung geschrieben wird:
„Die schweizerischen Arbeiter haben ihre hauptsächlichste Organisation in dem etwa 5000 Mitglieder zählenden Grütliverein. Dieser Verein trägt nach vor wenigen Jahren einen ausgesprochen nationalen, schweizerischen Charakter; unter dem Einfluß der von auswärts zugewanderten sozialdemokratischen Elemente hat der Verein aber diesen Charakter mehr und mehr abgetrennt, und seine internationale Färbung ist schon bei verschiedenen Anlässen nicht unbedeutlich zu Tage getreten. Es ist dabei an die Protestversammlungen zu erinnern, welche seinerzeit gegen die hundertjährigen Annuitäten-Kassenausweisungen inszeniert wurden und die sich hauptsächlich aus den Grütli-Bereinen rekrutierten. Um nun ein Gegengewicht zu schaffen, hat man in katholischen Arbeiterkreisen die Initiative zur Gründung eines neuen schweizerischen Arbeitervereins ergriffen, welcher sich die Aufgabe stellen will, die sozialen Fragen auf nationalem Boden zu lösen. Wenn uns auch der konfessionelle Beigeschmack, den die neue Schöpfung an sich trägt, nicht behagen kann, so müssen wir doch die Gründung eines solchen Vereins begrüßen, in einer Zeit, da die schweizerischen Arbeiter sich mehr und mehr in's Schlepptau der deutschen Sozialdemokratie nehmen lassen.“

Der Grütliverein ist heute noch eine so ausgesprochene nationale Körperschaft, als er es je gewesen, noch heute können Ausländer nur Passivmitglieder werden, und findet man unter seinen gegen 12,000 (nicht 5000) Mitgliedern keine 500 Nichtschweizer. Sein Programm ist ein streng reformerisches, sein Austritten ein durchaus gemäßigtes. Aber der Grütliverein bekämpft mit Energie und Umsicht alle Klassenprivilegien, er hat sich als ein schneller Anwalt der Rechte der Arbeiter erwiesen, er hat in den Konflikten zwischen Kapital und Arbeit treu auf Seite der Letzteren gestanden, und darum hat Rom! Ihr haben dich zwar lang gejagt, aber wenn du die Arbeiter höchst im Jaum halten hilffst, so wollen wir dich ehren und preisen.

Jaheß, Rom kann zwar sehr viel, aber der ökonomischen Entwicklung gegenüber verliert seine Ränke. Und da diese es ist, die aus dem weiland guten Kindern des Grütlivereins frühe Sozialdemokratie nach deutschem Muster gemacht, so wird wohl auch dieser Ausweg nichts helfen.

Jedenfalls aber ist es kein abler Biß: Der Ultramontanismus, einß der Inbegriff der „Vaterlandslosigkeit“, muß jetzt das nationale Banner reiten helfen. Alles zur größeren Ehre — des Geldsacks.

— Ein Kandidat für's allgemeine Ehrenzeichen. Aus München wird geschrieben:

Wir können der hochmoralischen Exzellenz in Berlin zu einem würdigen Ritter der Arbeit auf dem Gebiete der Staats- und Gesellschaftsreform gratulieren. Es ist ein Mann mit dem schönen Namen Fürst, von Beruf Schuhmacher, aber da er zum Arbeiten zu sein ist, jetzt Pfarrertrater und „Beschützer“ gewisser Damen.

Dieser Fürst hatten wir schon bei der letzten Gemeinderatswahl, da uns auffiel, daß er nichts arbeitete und er uns nicht sagen konnte, von wo er die nötigen Mittel zu seinem nicht gerade fargen Leben bezieht, aus unserer Mitte ernimmt. Seit einem Jahre spielt er den wirklichen „Gentleman“, elegant gekleidet, mit einem Hund so groß wie ein Kalb, durchstreift er die Stadt. Wir haben die Beweise, daß er neben seinem sauberen Gewerbe als „Louis“ wiederholt brauen, gutmütigen Reklamerinnen den Hof gemacht und ihnen Geld abgeschwindelt hat. Alles dies ist auch der Polizei bekannt, aber trotzdem Polizeidirektor Müller vor zwei Jahren, als er sein Amt antrat, allerlei Unfug gegen das Umhertreiben der Lustmädchen auf öffentlichen Straßen erließ, wird Fürst und noch mancher anderer Kunde der sauberen Junkt von der Polizei als „Reiter“ der Ordnung befohlet. Auf Fürst's Denunziation hin fanden am 27. Februar hier bei einer großen Anzahl Genossen Hausdurchsuchungen statt — sämtliche natürlich ohne Erfolg. Es wurde gemüßhelt wie noch nie, und gesunde absolut gar nichts.

Letzten Sommer trafen sich in Ratisch bei Augsburg auf dem Bierfelder einige bekannte Sozialdemokraten. Auch Gentleman Fürst stellte sich ein und widmete namentlich den Genossen aus Augsburg seine Aufmerksamkeit, befragte sie nach ihren Namen und fast alle hatten später polizeiliche Nachforschungen zu erleiden. Da das Bezirksamt von Brud von der Zusammenkunft Kunde erhalten, kam zur Ueberwachung der Bezirksamt mit einigen Gefährten herbei, denen sich noch ein paar Offiziere in Zivil anschlossen. Gegen diese beauftragte sich nun der Kollege des pflichtgetreuen Spring-Wahlvol so unverschämte propagatorisch, natürlich immer in Gegenwart der Genossen, daß er allgemeinen Unwillen erregte und es schon damals nahe daran war, daß er den verdienten Fuhrtritt erhielt. Seine jetzige Denunziation ist nur eine Wiederholung der Maßgabe.

Von anderer Seite schreibt man uns über denselben Ehrenmann:
In Sachen Fürst ist noch zu berichten, daß dieser Lumpazius Thalstranderstraße 104 wohnt, und daß er vorige Woche zu einem seiner Bekannten sich prahlend äußerte: er bekäme 180 Mark pro Monat für seine der Polizei geleisteten Dienste. Dies ist natürlich Quabug, denn die Polizei hat keine Dienste im Ganzen kein was, daß dieselbe einem Fürst mehr als für gelegentlich geleistete Dienste ein Trinkgeld geben werde, das halten wir für ausgeschlossen. Daß Fürst während der Reichstagswahl eine Rolle spielen konnte, was er thatächlich getan, denn er trat als Redner für unsere Partei auf, gab Erklärungen in deren Namen ab, zu denen ihn Niemand bevollmächtigt hatte und drängte sich in das Wahlkomitee, wo er die erste Bioline spielte, war nur durch den Umstand erdacht, daß die älteren und aktiveren Genossen in Folge des noch jüngeren Prozesses im Gefängnis saßen, die jüngeren Parteigenossen das früher Treiben des Lumpazius Fürst aber nicht kannten. Als sich die Gefängniszellen für unsere Genossen im Laufe des Frühjahrs wieder öffneten, war die Rolle des Fürst aus ausgespielt, und für hier ist er jetzt für alle Zeiten unschuldig gemacht.

Essentlich erhält auch er bald die verdiente „eklante Genugthuung“.

— Und überrascht das indes in keiner Weise. In Gegenwart, wie konstatieren, daß alle unsere vorhergehenden in Bezug auf das Sozialistengesetz und dessen Wirkungen sich im wollesten Maße erfüllt haben.

— Und überrascht das indes in keiner Weise. In Gegenwart, wie konstatieren, daß alle unsere vorhergehenden in Bezug auf das Sozialistengesetz und dessen Wirkungen sich im wollesten Maße erfüllt haben.

Die „Bekanntem“ setzen sich zur Wehre. Die in Nr. 9 unseres Blattes als Spione der Berliner Polizei gekennzeichneten Herren Riz und Adwer sind — selbstverständlich — über diese Anschuldigung höchlich entrüstet und erklären sie als schändliche Verleumdung — der Erklärung in einem Schreiben an einen Mitarbeiter unseres Blattes, der Zweite in einem Inserat in der Berliner „Volkszeitung“. Die „Warnung“, heißt es, ist ein Substrat, erkennen, um meine Existenz zu untergraben. Ich habe sofort den Rechtsanwalt Dr. Wolf in Zürich beauftragt, sich das sogenannte Beweismaterial vorlegen zu lassen und Alles aufzubieten, um die Sache klar zu stellen.

Dass unsere Warnung den Zweck hat, die „Existenz“ des Herrn Adwer zu „untergraben“, stimmt, nämlich seine Existenz als „Bekanntem“ des Polizeiwachmeisters — sagen wir vorläufig Schulze — und zugleich gemüthlicher Sozialdemokrat. Diese Doppelrolle mag wohl recht intrasig gewesen sein, anders läßt es sich wenigstens nicht erklären, daß Herr Adwer zur Wiederherstellung seiner „Partei-Ehre“ sich sofort an einen Rechtsanwalt wendet, und noch dazu einer der bekanntesten Sozialistenfeinde Zürichs. Bis jetzt hat sich der Herr noch nicht bei uns gemeldet, sobald er es thut, wird er die gebührende Antwort erhalten.

Herr Riz schlägt einwillig einen etwas anderen Weg ein. Er nimmt an, daß entweder die „Eiserne Maske“ selbst dupliert sei oder uns hingelegt habe, jedenfalls schließt seine „Stellung zur sozialdemokratischen Partei“ den der Warnung zu Grunde liegenden Verdacht vollständig aus. Natürlich verlangt er Mitteilung der Thatlagen, worauf sich die Beschuldigung stütze.

Das bebauern wir nun dem „Bekanntem“ des Polizeiwachmeisters — sagen wir inzwischen: Müller vorübergehend abliehen zu müssen. Es genüge ihm, zu wissen, daß die Thatfache feststeht, daß er und zwar so überzeugend, daß von Dämonie oder dergleichen gar keine Rede sein kann. Wir glauben zwar, daß gewisse Leute ein großes Interesse daran haben, irgend welche Anhaltspunkte dafür zu erhalten, wo sie die „Eiserne Maske“ zu suchen haben, die einen so heillosen Schaden in den Kreisen der „Geheimen“ und „Bekanntem“ verbreitet, aber sie werden ihre Neugierde da noch auf lange, lange hinaus müssen. Die „Eiserne Maske“ scheint noch viel „Kunden“ auf der Höhe zu haben, und gar Manche soll darunter sein, der bislang noch sehr stolze erhabenen Hauptes einperschreit.

Was würde z. B. der

Rebailleur Oscar Krohm,
Bergmannstraße Nr. 19, Berlin S. W.,

weiland Reichstagskandidat für den Wahlkreis
Zettow, Bestow, Storkow,

dazu sagen, wenn sie ihn als den

Wirkten vom zweiten Duzend

aufmarschiren ließe? —

Man sieht, die „Eiserne Maske“ ist unerbittlich, und den von ihr Gezeichneten bleibt nichts übrig, als sich mit dem alten Spruch zu trösten:
„Es ist ein Trost für den Lebenden, Gefährten im Unglück zu haben.“

Wohl bekomme's, Numero Fünf!

— Im Hause der Deutsch-Freimüthigen herrscht großer Jubel. Einer der Jünger, der Stadtandikus Dr. Köhli hat in dem pommerischen Wahlkreise Greifenberg-Kamin in der Stichwahl für den zum Polizeipräsidenten von Frankfurt a. M. ernannten Reaktionsar von Köhler den ebenfalls reaktionären „Wetter“ beiseite, Major a. D. von Köhler zu Hoff, mit 5097 gegen 5375 Stimmen geschlagen, und damit einen Wahlkreis erobert, der bisher nicht nur als eine Domäne des reaktionären Junkerthums, sondern obendrein als eine Familiendomäne derer von Köhler galt. Das ist Vollkom auf die Wunde, die das Schwimmen der Hoffnung auf den liberalen Kaiser geschlagen.

Nebenbei können wir den Freimüthigen diesen Sieg und noch etliche Duzend gl. über ihn dazu. Ist auch Herr Köhli noch allem was man von ihm hört, höchstens ein Liberaler vom Schlage der Hader und Jordenbd, so ist seine Wahl doch ein Ereignis, dessen Bedeutung auch von uns gar nicht zu unterschätzen ist. In jenen gelegenen Kreisen, wo die Köhler, die Thadden-Trigloss u. s. w. haften, galt der Libe als bisher nicht minder als der Sozialdemokrat für den kräftigsten Antisemit. Wenn sich da also die Bauern aufrufen — und auch das Land hat sehr viele Stimmen für Köhli geliefert — und einen Liberalen wählen, so zeigt das auf eine tiefgehende Unzufriedenheit, welche sich aus den politischen Zuständen allein nicht erklärt. Die wirtschaftliche Bersehung äußert auch dort ihre Wirkungen, und wenn sie den Spiegel der weiland liberalsten Städte vorübergehend ins konservative Lager führt, so macht sie den Bauer, der sein Leben konvertatit gewählt, zum Liberalen.

Darum nur weiter so, Ihr Mannen des deutschen Freisinn, hinaus auf die Törfer, da blüht noch Euer Weizen!

Korrespondenzen.

Kiel. (Situationsbericht.) Schon seit langer Zeit ist von uns im Parteiorgan nichts gehört worden, und doch hat wie an anderen Orten und andern Distrikten Deutschlands, so auch hier die Ausbeutung der Industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter seitens geldgieriger Kapitalisten und Landbaronen, Hand in Hand mit brutalster Polizeigewalt, so recht ihre Stätte. Hausdurchsuchungen und Berufsverboten liefern Beweise der unverschämtesten Klassenjustiz. Im Nachstehenden will ich versuchen, den auswärtigen Genossen ein Bild von den hiesigen Zuständen zu geben, von dem sie selbst eben so wenig erbaudt sein werden wie wir.

Es war am 21. November des Jahres 1886, als durch ganz Schleswig-Holstein ein Flugblatt, „Was hat die ländliche Bevölkerung von der Sozialdemokratie zu erwarten?“ verbreitet wurde. Am gleichen Tage wurden eine Masse Verhaftungen und Sistierungen von Genossen aus Kiel, Gardau, Dierichsdorf, Winterbed und Ellerbek seitens Gendarmarie vorgenommen. Der Kieler erste Staatsanwalt Wittich, ein vollendetes Genie im „Sozialistenfressen“, gab sich denn auch alle nur erdenkliche Mühe, der „Sozialistenbande“ recht viel aufzupacken, damit (man haune!) „Alle die“, welche sich momentan auf den Frewegen der Sozialdemokratie befinden, durch hohe Strafen abgehehrt und nützliche Rationen würden. Die hohen Strafen, die er vorzuschreiben bestand nicht in Geldstrafen, diese seien gar keine Strafen, man wisse ja, woher das Geld käme. Es kamen Fälle vor, wo es unter 4-5 und mehr gemeinam angelegten Genossen gar nicht erwiesen war, ob Einzels von ihnen das Flugblatt wirklich öffentlich verbreitet hatten oder nicht, daß was dem Patron Wittich aber ganz gleichgültig. Der Vertheidiger erhielt auf den entsprechenden Vorhalt (sagt er) die Antwort: „Auf so genaue Beweise kommt es gar nicht an. Thatfache ist, daß das Flugblatt verbreitet ist; da hätten wir viel zu thun, wenn wir für jeden Einzelnen die Beweise erbringen sollten.“ Und in der That, die preussische deutsche „Gerechtigkeit“ in der Gestalt hoher Gerichte und Geheimräthe schloß sich der wundervollen Rechtsauffassung des würdigen Staatsanwalts an, und verurtheilte durchweg zu 14 Tagen bis zu 3 Wochen Haft, und die Gerichtskosten, welche für jeden Einzelnen der Angelegten 32-65 Mark betragen. Die Verurtheilung erfolgte auf Grund der §§ 10 und 41 des preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851. Die genannte Strafe hatten zu verbüßen 6 Genossen aus Kiel, 1 aus Ellerbek, weitere aus Elmshorn, Seeberg, Dede u. s. w.

Ein Genosse Namens Swendsen, welcher sich ebenfalls das Verbrechen der Verbreitung schuldig gemacht haben sollte, wurde, da er nicht lägen wollte, aus dem hiesigen Staatsgebiet vertrieben (er war Schwabe) und mußte Frau und Kind, die beide krank, der Wirthschaftliche gute Freund vorläufig überlassen. Eine große Anzahl Genossen konnte der glücklichen Wittich nicht mehr belangen, weil inzwischen die Berjährungsfrist von 3 Monaten schon vorüber war.

Bei der Reichstags-Wahl ging es uns nicht ganz so kritisch,

als in vielen andern Wahlkreisen; wohl wurden uns viele Versamm- lungen verboten, jedoch hat man sie nach Beschwerdeführung wieder freigegeben. Von Uebertretungen des Wahlgesetzes ist in Kiel speziell, so viel wir wissen, nur ein Fall vorgekommen, und zwar wurde ein Genosse beim Vertheilen von Stimmzetteln gefesselt nach der Wache geführt. Auf dem Lande sind Ungehörigkeiten seitens der Behörden, und Beeinträchtigungen der Wähler durch ihre Arbeitgeber mehrfach vorgekommen. Die Kartellbrüder, an ihrer Spitze ihr Kandidat, der „König von Kiel“, Reichher und Kommerzienrath Sartori, gaben sich in ihrer neuen Nord-Deutsche Zeitung alle nur erdenkliche Mühe, unsere Partei in den Roth zu treiben, um es mittels Verleumdungen gegen diese „heimathlose Linsensüßherbe“ dahin zu bringen, daß alle Wähler dieser „Sippe“, wie man uns mit Vorliebe nannte, bei der Wahl den Rücken leihen sollten, wenn es auch nicht möglich sei, den Händel zu fügen, so doch mit ihm in Stichwahl zu kommen. Nun, diesmal hat ja schließendlich, trotzdem auch die besagte Wahlzüge ihre Schuldigkeit gethan hatte, und für nächstes Mal sich der „Künge holsteinische Bauer“, hoffen wir, von dem Schreden, welchen ihm der Bauwau die Septennatslüge eingejagt, erholt haben, von all dem Gluckstauch, den verprochenen „Strafverleumdungen“, nähern geworden sein, nachdem er, der „arme Tropf“, die Segnungen der Septennatslüge, als da sind er höchste Kornzölle, Schnapssteuern u. s. w. von denen nicht er, sondern nur sein Nachbar, der Landbaron, Vorteil hat, kennen gelernt. Er wird sicher nicht noch einmal den Strick ziehen lassen, mit welchem ihm die Rechte so nach und nach zugeschnürt werden soll. Auch diejenigen Arbeiter, die da glauben, ihrer Existenz wegen mit ihrem Brodderrn zu laufen, auch da, wo sie nicht dazu gezwungen waren, sie werden ebenfalls bis dahin noch die Segnungen voll und ganz die spüren, ihnen durch die Brandweinsteuer, erhöhte Kornzölle, Steuern für die immer mehr und mehr sich häufende Rüstungsmacht, Steuern und immer mehr Steuern für den „bewaffneten Frieden“ zu Theil geworden, sie werden aber lang oder lang doch einsehen müssen, daß alle süßen Versprechen der Reaktion Lug und Trug sind, daß sie von dieser Seite niemals etwas Gutes zu erwarten haben, sie werden sich der unumstößlichen Wahrheit verschließen müssen, daß die Sozialdemokratie und nur diese allein, berufen ist, die Arbeiter von Joche ihrer Unterdrücker zu befreien.

Ferner ist noch zu berichten, daß das zur Stichwahl in unserm Kreise verbreitete Flugblatt nach Ansicht des Staatsanwalts Wähle — eine Rechtsklausel vom gleichen Kaliber wie der erwähnte — eine Verleumdung des Reichskanzlers enthalten haben sollte. Es hieß nämlich darin: „Wismars Idee ist, Säu zu den Millionen und Unterdrückung der armeren Bevölkerung.“ Ist dies nun etwa nicht die nackte Wahrheit? Ist nicht die ganze Politik des Reichskanzlers und seiner Helfershelfer eine reine Klassen- und Interesspolitik? Ist nicht Wismar gerade der Urheber der vielen Klassenbesetzungsgesetze, die alle nur den Vortheil der Millionäre, Bäcker und Gassen im Auge haben? Hat nicht das ganze indirekte Steuerwesen die Belastung und Unterdrückung der armeren Bevölkerung zum Ziel? War es nicht der Reichskanzler, der erklärte, daß das deutsche Reich ohne ein indirektes Besteuerungssystem und ohne (drückende) Ausnahmeerträge nicht bestehen kann? Nun, gerade die Arbeiter, der kleine Handwerker und der nichtbesessene Landmann sind es, die anfangs der Wismars und Befürworter die Steuern für den Staat und seine Betriebe aufzubringen haben, gerade der Proletar ist es, welcher Dank der heutigen Ausbeutungsart, welche ja auch der Brandweinverbräner von Bargin in seinem Klassen-Interesse aufrecht zu erhalten wünscht, den beständigen Progen die Taschen füllt, damit sie noch mehr zu vergraben haben. Nun, Herr Wähle und seine würdigen Kompagnen haben sich als bewährte Stützen dieser Ausbeuter-Ordnung bewiesen, indem sie das Aussprechen der obigen Wahrheit — o bitte, — scharfem Verleumdung wollte ich sagen, an drei unserer Genossen mit je 4 Wochen Gefängnis rückten. Eine Verurteilung an das Reichsgericht blieb erfolglos, das wundert nun Niemand mehr, denn dieses Muster-Institut hat ja auf dem Gebiete der Rechtsprechung noch ganz andere Leistungen aufzuweisen, wie z. B. das uns bekannte Erkenntnis, nach welchem einer unserer Genossen ebenfalls mit 1 Tag Gefängnis bestraft wurde, weil er dadurch, daß er auf den „Sozialdemokrat“ abonniert hatte, sich der „Verleumdung“ zur Verbreitung derselben schuldig gemacht habe. Ferner wurden zwei Genossen aus Dierichsdorf im November vorigen Jahres wegen Verbreitung des Manifests „An das deutsche Volk“ zu zwei Wochen Haft verurtheilt. Wie die Genossen sehen, blüht hier für Staatsanwälte und Gerichte der Weizen, beide ringen und jagen mit Hilfe der hiesigen Polizei nach immer mehr Material, auf daß der schuldig erachtete Verdienst fortan recht bald komme, und so wurden denn auch im Monat August d. J. wiederum 4 Genossen verhaftet, auf den Verdacht hin, verbotene Schriften verbreitet zu haben, 2 von ihnen je 6 Wochen, 2 je 16 Wochen in Untersuchungshaft gehalten. Bis heute ist eine Anklage noch nicht erhoben worden, wir werden später auf die Sache zurückkommen. Im vorigen Jahre wurden 4 Genossen in Untersuchungshaft gezogen, angeblich den „rothen Teufel“ verbreitet zu haben, 2 Genossen hatten eine Untersuchungshaft von je 14 Tagen zu verbüßen, und wurden früher freigesprochen, 1 Genosse bestand sich sechs 6 Wochen und der 4. Genosse 1/2 Jahr in Haft, beide letzten wurden wegen Majestäts- und Wismars-Verleumdung zu je drei Monaten Gefängnis verurtheilt, ohne Anrechnung der Untersuchungshaft. Was Hausdurchsuchungen anbelangt, so wird hier seitens unserer und der Gaardener Polizei Reiter- und Musterdienste geleistet. Letztere enthielten sich z. B. nicht, bei einem Genossen in Gaarden, der bereits im Sterben lag, zu schnüffeln und herumzuschnüffeln, bis die betäubte Frau in Thränen dal, doch ihren Mann wenigstens ruhig sterben zu lassen. Da endlich jagten sie ab, aber unter Minahme der „Internationalen Bibliothek“. Zwei Versammlungen, in welchen Genosse P. Rollendur über Sozialismen und Altersversorgung sprachen wollte, und zwei Versammlungen der Werkstattarbeiter, in welcher ein Werkstattarbeiter über die Interessen und Aufgaben des Schiffsverereins sprechen wollte, wurden sämtlich auf Grund des § 9 Absatz 2 des Sch. Gesetzes verboten. Behalten werden ebenfalls erfolglos. Es ist eben nicht all in die politische Bewegung, welche man gewaltiam zu unterdrücken sucht, auch die gewerkschaftliche muß „hoare lassen“. So ist z. B. der Fachverein der Töpfer bereits seit Jahresfrist politisch geschlossen, ohne daß die Angelegenheit ihr Ende zu erreichen scheint Ebenso ist der Fachverein der Tischler bereits seit Jahresfrist geschlossen, bis 22 angeklagten Vorstandsmitglieder waren im Oktober sämtlich freigesprochen. Staatsretter Mühe koste jedoch Verurteilung ein, und ist diese Sache, nachdem, wie wir es der haben das Kammergericht sich für nicht kompetent erklärte, ein Urtheil abzugeben, dem Reichsgericht überwiesen worden. Rehnliche Repressalien hoben sich andere Vereine noch zu erlauben, ja selbst harslose Rönigungsvereine läßt man nicht in Ruhe. Man behauptet die Vorstandsmitglieder, beschlagnahmte die Bücher, wie vor Kurzem vorkommen ist, und was dergleichen feilliche Thaten mehr sind. Ich wäre nun vorläufig mit der Ausschaltung der Kandidaten der Staatsanwälte, Räter und Polizei bis auf Weiteres fertig, nur möchte ich noch mit einem Wort unseres Kriminalkommissars gedenken. Dieser Herr genos wieder wegen seiner recht taftvollen und ich will sagen, so weit im Verus dieß zuließ, auch recht humanen Handlungsweise in direktem Widerspruch stehen. Der Herr würde im Interesse seines guten Rufes gut thun, in dieser Weise nicht fortzuführen, mag man Funktionen vertreten, welche man will, die gegenwärtige Haltung sollte man nie aus dem Auge lassen. So viel, Herr Kommissar, heute für Sie.

Die auswärtigen Genossen mögen aus diesen Zeilen erfahren, daß ebenso wie im ganzen verworrenen Deutschland, auch wir gehet und und verjagt werden, daß wir aber trotz alledem unentwegt zur Fahne halten.

Die Wacht an der Dämte.

Warnung.

Der Maschinenschlosser Heinrich Kohnen, 1887 in Kaden, ist angeblich in Wietel (gehört zu der Gegend von Heeren bei Wafrecht in Holland), hat sich der Spitzelt mehr als ver- dächtigt gemacht. Schon Anfangs August 1887 verrieth er sich in trunkenem Zustand selbst als Kriminalpolizist.

Er gibt an, in halb Indien als Unteroffizier gedient zu haben und 100 Gulden Pension zu beziehen. Er bietet sich an, geheime Ber- eine zu gründen, alles Mögliche zu verbreiten, und praktisirt dergleichen Spitzeltmänner mehr. Wir warnen vor ihm und bitten, uns zu berichten, wo und wie er irgend auftaucht.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Partei-Archiv.

Für das Parteiarchiv ersuchen wir um Zusendung von Einzelnummern und ganzen Jahrgängen von **Gewerkschaftsblättern**, die vor Erlaß des Sozialistengesetzes in Deutschland erschienen.

Ebenso erbitten wir Programme, Statuten, Flugblätter, Zirkulare u. s. w., die auf die Gewerkschaftsbewegung jener Zeit Bezug haben.

Auch Einzelnummern, resp. ganze Jahrgänge des **„Volksstaat“** sind erwünscht.

Die Verwaltung des Parteiarchivs.

Briefkasten

der Redaktion: Briefe und Einsendungen u. sind eingetroffen aus Dresden, Forst N. L., München, London, Paris, Stuttgart — Ferd. v. v. S. B. ed. Wird besorgt. — Was verus: Der „Küffel“ wurde für nächste Nr. zurückgelegt.

der Expedition: Kopenhagen, Deutsche Lesegesellschaft: In Nr. 10 quittire Fr. 50 — b. Hansenverfond dtd. jugen. — Notthor II: Nr. 590 — a. Cto Schft. erh. H. Weiteres. — 2. d. H. Nr. 8 — Ab. 1. Cu. u. Nr. 250 pr. Ufs. dtd. erh. — X 3 V: Nr. 40 — a. Cto Ab. u. erh. Ab. u. Hllg. notirt. — D. r. B. o. d. a. d. Spr.: Nr. 50 — a. Cto Ab. u. erh. Hllg. notirt. — Drenth: 300 Nr. a. Cto Ab. u. erh. Ab. u. Weiteres dtd. notirt. Hllg. folgt. — Forwärts Buenos-Aires: Fr. 550 — a. Cto Abon. u. erh. Ab. notirt. Hllg. besorgt. — J. D. Char: Fr. 380 f. Hllg. alter Rest erh. Weiteres ergänz bereits Vorhandenes. Dank. — Kothes Hülflein: Nr. 59 40 a. Cto Ab. u. erh. — Gerberus f.: Nr. v. 3/3. erh. u. Weiteres besorgt. — Lustige Brüder i. G.: Nr. 1440 Ab. 4. Cu. pr. 2. erh. — Dtd. Syd. Paris: Fr. 47 — a. Cto Ab. u. erh. Ab. geordn. — Hllg. besorgt: Nr. 25 — pr. Ufs. dtd. erh. — Gmuyth jr.: Alles nach Wunsch notifizirt. — Dänzig: Nr. 20 — f. d. Hansenverfond dtd. pr. H. erh. — Kitz: Nr. v. 3/3. u. ftd. erh. Hllg. Weiteres. — Arabi Pascha: Hllg. u. Kola folgen und Wunsch. — G. B. Brunnen: Fr. 1 05 f. Schft. erh. — A. H. Kempner: Hllg. notirt. Weiteres war bereits anderwärts berichtet. — Degenhartm: Jubiläumsmaterial erh. Ab. geordn. Nr. 21 60 a. Cto Ab. u. erh. Nr. 513 pr. Ufs. dtd. vern. Hllg. Weiteres. — Abt: Kach. v. 28. 2. hier. Alles notifizirt. Hllg. mehr. — Solo: Nr. 1265 Ab. 1. Cu. u. Schft. erh. Hllg. folgt. — B. J. Dtg.: Nr. 3 — f. Schft. erh. Edg. folgt. — Knurrhahn: Nr. 105 — a. Cto Ab. u. erh. Hllg. folgt. Straßenausgabe draucht's bei der Abt. für Archiv-Edg. nicht. — St. Roman: Nr. 1055 — a. Cto Ab. u. erh. — Hllg. hier: Fr. 4 — a. Cto f. erh. — Der Bekannte: Nr. 90 — Ab. 4. Cu. 87, Borzugh o. 7/10. und a. Cto Schft. erh. Bleibt nach unserer Rechnung ein Saldo von Nr. 23 80.

Anzeigen.

Suchen ersien und ist durch uns zu beziehen:

Sozialdemokratische Bibliothek.
Heft XXI. Ein Arbeiter's Widerlegung der nationalökonomischen Lehren J. Stuart Mill's. Von J. Geo. Eccarius.
Preis: 40 Pf. — 45 Cts.

Ferner sind bis jetzt erschienen:

Heft XIX. Das Recht auf Freiheit. Von P. Lafargue.
Preis: 20 Pf. — 25 Cts.

Heft XX. Arbeiteresebuch. Von F. Lassalle.
Preis: 30 Pf. — 40 Cts.

Porto und Versandkosten außer der Schweiz kommen zu Lasten der Besteller.

Bestellungen auf die „Sozialdemokratische Bibliothek“ werden erbeten. Die Heft werden auch einzeln abgegeben.

Vollkubushandlung und Expedition des „Soz.“
Hettingen - Zürich.

Zürich Samstag, den 10. März, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale (3 Treppen hoch) des Schwänen (Stadt):
Öffentliche Agitations-Versammlung der deutschen Sozialisten.
Tagesordnung:
Märzereinerungen.
Referent: Hgr. Lauscher.
Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein
Der Sozialausgub.
Jebermann hat Zutritt.

London Das Vereinslokal der deutschen Sozialdemokraten in London ist:
Kommunistischer Arbeiter-Bildungs-Verein,
49 Tottenham Street W.,
erster Eingang von Cleveland-Street-Gde.
Die eigenen Vereinslokaltäten sind täglich geöffnet von 8 Uhr Morgens bis 12 Uhr Nachts.
Zureisende Genossen werden gebeten, genau auf unsere Adressen zu achten. Das Komite.

1 x

Genossenschaftsdruckereidret Hellinggen-Zürich.